

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
------------------------------------	------------

1. Kapitel: Einleitung	1
A. Problemdarstellung.....	1
I. Gesetzliche Grundlagen für M&A-Transaktionen und öffentliche Angebote in Taiwan	1
1. Das BMAA.....	1
2. Regelungen zur Unternehmensübernahme durch öffentliche Angebote.....	3
II. Empirischer Befund	3
III. Fälle von erheblicher Bedeutung in der taiwanesischen Rechtsprechung.....	4
1. CDF/TISC aus dem Jahre 2005.....	4
2. Carlyle/EMC aus dem Jahre 2006	5
3. Fälle von Insidergeschäften	7
IV. Die unangemessen vereinfachte Rechtsübernahme als grundlegendes Problem	8
1. Übernahmerechtliche Regelungen in Taiwan.....	8
2. Regelungen zur Funktion des Vorstands einer Aktiengesellschaft in Taiwan.....	10
B. Gründe für die rechtsvergleichende Betrachtung zum deutschen Recht	11
I. Verbindungen zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht	12
II. Rechtsvergleich zum deutschen Recht in einer Ära der Globalisierung	13
C. Untersuchungsgegenstand und Zielsetzungen	16
D. Gang der Untersuchung	17

2. Kapitel: Vorstand der Aktiengesellschaft	19
A. Vorstand der Aktiengesellschaft im taiwanesischen Recht.....	19
I. Wesen und wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaft in Taiwan.....	19
II. Rechtsquellen des taiwanesischen Aktienrechts	20
1. Gesetz.....	20
a) Das Gesellschaftsgesetz.....	20
b) Das Zivilgesetzbuch.....	21
c) Das Gesetz über den Wertpapierhandel.....	22
d) Das BMAA	22
e) Weitere Gesetze.....	23
2. Die Rechtsverordnung.....	24
3. Der Corporate Governance Kodex für börsennotierte Aktiengesellschaften	25
4. Die Rechtsprechung.....	26
III. Vorstand in der geschichtlichen Entwicklung des Aktienrechts.....	26
1. Vorstand im Aktienrecht unter dem Gesellschaftsgesetz der Qing-Dynastie von 1904	27
2. Vorstand im Aktienrecht unter der Gesellschaftsverordnung 1914 in China	28
3. Vorstand im Aktienrecht unter dem Gesellschaftsgesetz 1929 in China.....	30
4. Vorstand im Aktienrecht nach 1949 in Taiwan	30
IV. Kompetenzen des Vorstands im Organisationsgefüge der Aktiengesellschaft.....	32
1. Das gemischtes Verwaltungssystem	32
a) Die Nicht-Publikums-AG.....	32
b) Die Publikums-AG.....	33
aa) Die nicht börsennotierte Publikums-AG.....	33
bb) Die börsennotierte AG	34
2. Kompetenzen des Vorstands	34
a) Der Gesamtvorstand	34

b)	Der Vorsitzende des Vorstands.....	37
c)	Geschäftsführende Direktoren	38
d)	Management Officer	39
3.	Vorstand im Verhältnis zu Supervisoren, unabhängigen Direktoren und Auditausschuss.....	40
a)	Zuständigkeiten des Supervisors.....	40
b)	Die Rolle von unabhängigen Direktoren	41
c)	Zuständigkeiten des Auditausschusses	42
4.	Vorstand im Verhältnis zur Hauptversammlung.....	44
a)	Zuständigkeiten der Hauptversammlung.....	44
aa)	Gesetzliche Zuständigkeiten.....	44
bb)	Zuständigkeit kraft Satzung.....	45
b)	Abgrenzungsprobleme	45
c)	Zusammenwirken von Vorstand und Hauptversammlung.....	47
V.	Das Rechtsverhältnis zwischen Vorstandsmitgliedern und der Gesellschaft	47
1.	Die Bestellung	47
a)	Organ der Bestellung.....	47
b)	Die Rechtsnatur der Bestellung.....	48
c)	Eignungsvoraussetzungen.....	48
aa)	Allgemeine Eignungsvoraussetzungen	48
bb)	Spezielle Eignungsvoraussetzungen für Direktoren der Publikums-AG	50
cc)	Spezielle Eignungsvoraussetzungen für unabhängige Direktoren.....	50
d)	Das Bestellungsverfahren.....	51
e)	Dauer der Bestellung	52
2.	Rechte und Pflichten aus Auftragsvertrag.....	53
3.	Beendigung der Bestellung.....	54
VI.	Organpflichten der Vorstandsmitglieder	55
VII.	Haftung der Vorstandsmitglieder	57

B. Vorstand der Aktiengesellschaft im deutschen Recht	57
I. Kompetenzen des Vorstands im Organisationsgefüge der Aktiengesellschaft.....	57
1. Vorstand und Aufsichtsrat als Verwaltungsorgane der Aktiengesellschaft	58
2. Vorstand im Verhältnis zur Hauptversammlung.....	60
3. Kompetenzen des Vorstands	63
a) Leitung der Gesellschaft.....	63
aa) Der Vorstand als notwendiges Leitungsorgan.....	63
bb) Das Prinzip der Gesamtleitung.....	63
cc) Leitungsaufgaben	64
dd) Die Eigenverantwortung im Unternehmensinteresse.....	66
b) Die Geschäftsführung	67
aa) Die Geschäftsführungsbefugnis	67
bb) Das Prinzip der Gesamtgeschäftsführung	68
cc) Abweichende Regelungen über Willensbildung und Geschäftsverteilung.....	68
dd) Die gegenseitige Überwachung.....	72
c) Die Vertretungsbefugnis	73
aa) Der Vorstand als Vertretungsorgan.....	73
bb) Das Prinzip der Gesamtvertretung und abweichende Regelungen	73
cc) Der Grundsatz der unbeschränkten und unbeschränkbaren Vertretungsmacht.....	74
dd) Die Wissenszurechnung	76
II. Das Rechtsverhältnis zwischen Vorstandsmitgliedern und der Gesellschaft	76
1. Das Organverhältnis aufgrund der Bestellung	77
a) Die Bestellung	77
aa) Alleinkompetenz des Gesamtaufsichtsrats.....	77
bb) Eignungsvoraussetzungen und Entscheidungsermessen des Aufsichtsrats	78
cc) Das Bestellungsverfahren.....	81
dd) Dauer der Bestellung	82

b)	Der Widerruf der Bestellung.....	82
c)	Sonstige Beendigungsgründe	83
d)	Die Suspendierung	83
2.	Das Dienstverhältnis aus dem Anstellungsvertrag	84
a)	Die Rechtsnatur des Anstellungsvertrags.....	84
b)	Der Abschluss des Anstellungsvertrags.....	85
c)	Anstellungsvertragliche Rechte und Pflichten	86
d)	Die Beendigung des Dienstverhältnisses	89
III.	Organpflichten der Vorstandsmitglieder	90
IV.	Haftung der Vorstandsmitglieder	91
C.	Rechtsvergleich.....	92
I.	Zu Merkmalen und wirtschaftlicher Bedeutung der Aktiengesellschaft.....	92
1.	Merkmale der Aktiengesellschaft	92
2.	Wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaft	92
II.	Zum Aktienrecht im Allgemeinen.....	93
1.	Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele.....	93
2.	Rolle der Verwaltungsauslegungen	93
3.	Corporate Governance Kodex.....	93
4.	Die Rechtsprechung.....	94
5.	Das Verwaltungssystem.....	94
6.	Rechtswissenschaft.....	95
III.	Zur Funktion des Vorstands im Organisationsgefüge der Aktiengesellschaft.....	97
1.	Das Organisationsgefüge der Aktiengesellschaft.....	97
2.	Die Amtsausübung der Vorstandsmitglieder	97
3.	Die Leitung der Gesellschaft	98
4.	Gesamtleitung, Gesamtgeschäftsführung und Gesamtverantwortung.....	99
5.	Juristische Person als Vorstandsmitglied	99
6.	Die Rolle des Vorstandsvorsitzenden.....	99
7.	Die Trennung von Bestellungs- und Anstellungsverhältnis	100
8.	Sorgfaltspflicht und Treupflicht	101

9. Unternehmerisches Geschäftsleiterermessen.....	101
10. Die Überwachung der Geschäftsführung.....	102
11. Auskunftsrecht des Aktionärs	103
IV. Die Funktion des Vorstands bei Unternehmensübernahmen	104

3. Kapitel: Die Pflichten des Vorstands bei öffentlichen Angeboten

A. Das taiwanesisches Recht	109
I. Die Rechtsgrundlage	109
1. §§ 43-1 bis 43-5 twWpHG	109
2. Die Verordnungen	111
3. Sachlicher Anwendungsbereich.....	112
a) Arten von öffentlichen Angeboten.....	112
aa) Freiwillige Erwerbsangebote	112
bb) Einfache Erwerbsangebote.....	112
cc) Zwingende öffentliche Angebote.....	113
b) Begriffsbestimmungen.....	113
aa) Öffentliche Erwerbsangebote	113
bb) Wertpapiere.....	114
cc) Die verbundenen Personen	114
dd) Gemeinsamer Erwerb.....	114
II. Pflichten des Vorstands der Bietergesellschaft.....	115
1. Die Pflicht zur Verschwiegenheit im Vorfeld eines Angebots.....	115
2. Das Insiderhandelsverbot im Vorfeld eines Angebots	115
a) Gesetzliche Grundlage.....	115
b) Insider.....	115
c) Insiderinformation	116
3. Die Anmeldepflicht bei Vorerwerben in großer Menge	117
4. Die Pflicht zum öffentlichen Angebot.....	117
5. Die Gleichbehandlung der Aktionäre der Zielgesellschaft	119
6. Die Beauftragung der Organisation für Angebotsverfahren.....	120
7. Die Erstellung der Angebotsunterlage	121

a)	Der Grundsatz von Transparenz und Information.....	121
b)	Notwendige Angaben.....	122
aa)	Titelseite	122
bb)	Grundlegende Angaben	122
cc)	Bedingungen des Angebots.....	122
dd)	Die Gegenleistung und die Finanzierungsmaßnahmen	123
(1)	Die Gegenleistung in Form von Bargeld.....	123
(2)	Die Gegenleistung in Form von Wertpapieren einer inländischen börsennotierten AG	124
(3)	Die Gegenleistung in Form von Wertpapieren der Bietergesellschaft.....	124
ee)	Risiken bei Annahme des Angebots.....	125
ff)	Maßnahmen nach Ablauf der Annahmefrist	125
gg)	Beteiligungen an der Zielgesellschaft vor der Anmeldung	126
hh)	Transaktionen und Vereinbarungen mit Organmitgliedern der Zielgesellschaft	126
ii)	Zweck des Angebots und Pläne nach dem Angebotsverfahren.....	127
jj)	Beschlüsse der Organe der Bietergesellschaft und die Fairness Opinion.....	128
kk)	Weitere Informationen von wesentlicher Bedeutung	128
8.	Anmeldung, Veröffentlichung und Übermittlung an die Zielgesellschaft.....	128
a)	Die Anmeldung des Angebots bei der FSC.....	128
b)	Die Übermittlung an die Zielgesellschaft.....	129
c)	Die Veröffentlichung des Angebots.....	129
9.	Das Verbot des Parallelerwerbs.....	129
10.	Einschränkungen auf Änderung der Angebotsbedingungen.....	130
11.	Übergabe der Angebotsunterlage an die Aktionäre der Zielgesellschaft.....	130
12.	Anmelde- und Veröffentlichungspflichten während der laufenden Annahmefrist	130
a)	Die Annahmefrist	130

b)	Änderungen der Angebotsbedingungen zugunsten der Aktionäre der Zielgesellschaft.....	131
c)	Verlängerung der Annahmefrist	131
d)	Eintritt der Angebotsbedingungen.....	131
e)	Die Aussetzung des Angebotsverfahrens	132
f)	Die Änderung des Angebots wegen Rechtswidrigkeit.....	132
13.	Die Pflicht zur Anmeldung und Veröffentlichung des Angebotsergebnisses	132
14.	Pflichten beim Erwerb eigener Aktien	132
a)	Veröffentlichung und Anmeldung.....	132
b)	Einschränkungen der Annahme des Angebots	133
c)	Die Sonderregelung bei öffentlichen Unternehmen.....	133
15.	Die Gewährung einer angemessenen Abfindung beim Squeeze-out.....	133
a)	Der Squeeze-out bei Veräußerung oder Erwerb des Hauptbetriebs oder -vermögens	134
b)	Der Squeeze-out bei Verschmelzungen zwischen verbundenen Unternehmen	134
c)	Der Squeeze-out nach §§ 12, 19 BMAA.....	135
III.	Pflichten des Vorstands der Zielgesellschaft.....	135
1.	Die Pflicht zur Verschwiegenheit im Vorfeld des öffentlichen Angebots	136
2.	Das Insiderhandelsverbot	136
3.	Die Pflicht zur Veröffentlichung und Anmeldung bedeutender Informationen und Stellungnahme	137
4.	Die Einrichtung des Prüfungsausschusses	138
5.	Abwehrmaßnahmen bei feindlichen Übernahmeangeboten.....	139
a)	Vorbeugende Maßnahmen	139
b)	Abwehrmaßnahmen im Angebotsverfahren	140
aa)	Keine spezifischen gesetzlichen Maßstäbe	140
bb)	Fälle in der Rechtsprechung.....	140
(1)	Kauf der Aktien der Zielgesellschaft zu einem höheren Preis.....	140
(2)	Abwehrfusion.....	140

(3) Ausgabe von „European Convertible Bond“	141
cc) Der Meinungsstand im Schrifttum	141
(1) Zu Abwehrmaßnahmen im US-amerikanischen Recht und deren Bewertungen	142
(2) Zum Neutralitätsprinzip im EU-Recht und im deutschen Recht	143
dd) Der Reformbedarf	144
B. Das deutsche Recht	144
I. Rechtsgrundlagen	144
1. Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz von 2001	144
2. Regelungsgegenstand	146
3. Sachlicher Anwendungsbereich	147
II. Allgemeine Grundsätze des WpÜG	148
1. Die Bedeutung der allgemeinen Grundsätze	148
2. Die einzelnen Grundsätze	149
a) Die Anlegergleichbehandlung	149
b) Die umfassende Information und Transparenz	150
c) Das Handeln der Verwaltungsorgane im Interesse der Zielgesellschaft	150
d) Rasche Verfahrensdurchführung	151
e) Verbot von Marktverzerrungen	151
III. Die Pflichten des Vorstands der Bietergesellschaft	152
1. Die Pflichten vor der Veröffentlichung der Angebotsentscheidung	152
a) Das Insiderhandelsverbot und die Ad-hoc- Publizitätspflicht	153
b) Vorerwerbe und Mitteilungspflichten gemäß §§ 21 ff. WpHG und § 20 AktG	153
c) Gespräche mit dem Vorstand der Zielgesellschaft	155
d) Durchführung der Due Diligence-Prüfung	155
e) Die Vorbereitung der Finanzierung des Angebots	156
aa) Die Fähigkeit des Bieters zur vollständigen Angebotserfüllung	156
bb) Die Finanzierungsbestätigung	157

2. Informationspflichten im Verlauf des Angebotsverfahrens.....	158
a) Die Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Angebots.....	158
aa) Bedeutung	158
bb) Rechtscharakter der Entscheidung und Inhalt der Veröffentlichung	158
cc) Das Verhältnis zur Ad-hoc-Publizitätspflicht im Sinne des § 15 WpHG.....	159
b) Die Erstellung der Angebotsunterlage	159
aa) Sinn und Zweck der Regelungen über die Angebotsunterlage	159
bb) Der Inhalt der Angebotsunterlage.....	160
cc) Der Rechtscharakter der Angebotsunterlage.....	161
dd) Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.....	161
ee) Haftung für unrichtige oder unvollständige Angaben in der Angebotsunterlage	163
c) Die Angebotsbedingungen.....	164
aa) Bindung des Bieters an das Angebot	164
bb) Verbot der <i>invitation ad offerendum</i>	164
cc) Verbot des Vorbehalts des Widerrufs oder des Rücktritts	164
dd) Unzulässige Bedingungen	164
ee) Zulässige Bedingungen.....	166
ff) Die Anforderungen an zulässige Bedingungen	167
(1) Präzise Formulierung.....	167
(2) Zeitliche Grenzen	168
gg) Die Interessenabwägung und Abstimmung mit der BaFin	168
hh) Pflichten des Bieters bis zum Bedingungseintritt	169
d) Die Übermittlung der Angebotsunterlage an die BaFin.....	169
e) Die Veröffentlichung der Angebotsunterlage	170
f) Pflichten zur Kommunikation mit der BaFin	170
g) Wasserstandsmeldungen nach § 23 WpÜG.....	171
h) Die Veröffentlichung des Bedingungseintritts.....	172

i)	Pflichten bei Änderung des Angebots	172
j)	Weitere Veröffentlichungs- und Übermittlungspflichten	173
aa)	Verlängerung der Annahmefrist wegen einer Hauptversammlung der Zielgesellschaft.....	173
bb)	Veröffentlichung der Kontrollerlangung und Abgabe eines Pflichtangebots.....	173
3.	Pflicht zur Gleichbehandlung der Aktionäre der Zielgesellschaft.....	174
a)	Unzulässigkeit von Teilangeboten.....	174
b)	Pflicht zum Angebot einer angemessenen Gegenleistung.....	175
aa)	Die Angemessenheit der Gegenleistung	175
(1)	Grundsätze	175
(2)	Berücksichtigung der Vorerwerbe.....	176
(3)	Berücksichtigung des durchschnittlichen Börsenkurses.....	177
(4)	Feststellung der angemessenen Gegenleistung	178
bb)	Art der Gegenleistung	178
cc)	Die Nachbesserung der Gegenleistung	179
(1)	Nachbesserung bei Parallelwerben.....	179
(2)	Nachbesserung bei Nacherwerben.....	180
dd)	Erwerbsoptionen	180
ee)	Rechtsfolgen einer unangemessenen Gegenleistung.....	180
c)	Pflichtangebot.....	182
4.	Pflichten bei Werbemaßnahmen	182
5.	Pflichten zum unverzüglichen Handeln und zur Wahrung der Fristen	184
a)	Unverzügliches Handeln.....	184
b)	Wahrung der Fristen.....	186
6.	Die Gewährung einer angemessenen Abfindung beim Squeeze-out.....	187
a)	Die verschiedenen Formen des Squeeze-out.....	187
aa)	Der aktienrechtliche Squeeze-out.....	187

bb)	Der verschmelzungsrechtliche Squeeze-out	187
cc)	Der übernahmerechtliche Squeeze-out	188
b)	Das Andienungsrecht der Minderheitsaktionäre der Zielgesellschaft.....	189
c)	Die angemessene Abfindung	189
IV.	Die Pflichten des Vorstands der Zielgesellschaft	191
1.	Pflichten bei einvernehmlichen Erwerbsangeboten.....	192
a)	In der Vorbereitungsphase	192
aa)	Die übernahmerechtliche Pflicht	192
bb)	Aktienrechtliche Informationspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat	192
cc)	Pflicht zur Ad-hoc-Publizität nach § 15 WpHG.....	193
b)	Nach Veröffentlichung der Angebotsentscheidung.....	193
aa)	Kommunikations- und Übermittlungspflichten	193
bb)	Das Verhinderungsverbot nach § 33 WpÜG	193
cc)	Zulassung der Due Diligence-Prüfung	194
dd)	Pflichten aufgrund Deal-Protection-Vereinbarungen	195
(1)	Exklusivitätsvereinbarungen	195
(2)	Break Fee-Vereinbarungen	197
(3)	Investorenvereinbarungen	199
ee)	Die Einschaltung von Beratern	201
c)	Nach der Veröffentlichung der Angebotsunterlage.....	201
aa)	Kommunikations- und Übermittlungspflichten	201
bb)	Die Pflicht zur Stellungnahme zum Angebot nach § 27 WpÜG	202
(1)	Das Gebot der Transparenz und Gleichbehandlung der Aktionäre bei der Stellungnahme.....	202
(2)	Die Willensbildung des Vorstands bei der Stellungnahme.....	203
(3)	Die Begründungspflicht bei der Stellungnahme	204
(4)	Der Inhalt der Stellungnahme	205
(5)	Die Beifügung der Stellungnahme des Betriebsrates bzw. der Arbeitnehmer	206

(6)	Die Veröffentlichung der Stellungnahme.....	207
(7)	Haftung für eine inhaltlich fehlerhafte Stellungnahme	207
cc)	Das Verbot ungerechtfertigter Zuwendungen an Organmitglieder der Zielgesellschaft	208
dd)	Pflicht zur Bietergleichbehandlung?	210
ff)	Die Pflicht zur Erreichung eines möglichst hohen Angebotspreises?	211
d)	In der Annahmephase	211
e)	Nach dem Erfolg des Übernahmeangebots.....	211
2.	Abwehrmaßnahmen bei feindlichen Übernahmeangeboten.....	212
a)	Allgemeines	212
aa)	Der Begriff des „feindlichen“ Übernahmeangebotes	212
bb)	Die maßgebliche Rechtsgrundlage für Abwehrmaßnahmen	212
(1)	Aktienrechtliche und übernahmerechtliche Bestimmungen	212
(2)	Die EU-Übernahmerichtlinie und ihre Umsetzung in Deutschland	213
b)	Keine allgemeine aktienrechtliche Neutralitätspflicht.....	214
c)	Präventive Abwehrmaßnahmen	215
d)	Abwehrmaßnahmen im Laufe des Angebotsverfahrens.	216
aa)	Das Verhinderungsverbot nach § 33 Abs. 1 Satz 1 WpÜG.....	216
bb)	Ausnahmen vom Verhinderungsverbot	217
(1)	Maßnahmen eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters	217
(2)	Die Suche nach einem konkurrierenden Angebot.....	218
(3)	Maßnahmen mit Zustimmung des Aufsichtsrats.....	218
(4)	Maßnahmen aufgrund eines Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung.....	219
(5)	Maßnahmen aufgrund einer Ad-hoc-Zustimmung der Hauptversammlung	219
e)	Rechtsfolgen bei Zuwiderhandlung	219

C.	Rechtsvergleich.....	220
I.	Zu den Rechtsgrundlagen für öffentliche Angebote.....	220
1.	Das Regelungsziel.....	220
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	220
b)	Zur Verbesserung des Regelungsziels im taiwanesischen Übernahmerecht.....	221
2.	Die Überwachung öffentlicher Angebote	223
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	223
aa)	Das Anmeldesystem in Taiwan.....	223
bb)	Die Aufsichtsfunktion der BaFin	223
b)	Zur Verbesserung der Aufsichtsfunktion der FSC im taiwanesischen Übernahmerecht.....	224
3.	Der Anwendungsbereich	227
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	227
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	228
4.	Allgemeine Grundsätze.....	228
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	228
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	229
II.	Pflichten des Vorstands der Bietergesellschaft.....	230
1.	Die Gleichbehandlung der Aktionäre der Zielgesellschaft	231
a)	Das Teilangebot.....	231
aa)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	231
bb)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	231
b)	Die Angemessenheit der Gegenleistung.....	232
aa)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	232
bb)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	235
2.	Transparenz und Information.....	236
a)	Die Veröffentlichung der Angebotsentscheidung.....	236

aa)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	236
bb)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	236
b)	Die Finanzierungsbestätigung.....	237
aa)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	237
bb)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	238
c)	Die Offenlegung der Angebotsbedingungen.....	238
aa)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	238
bb)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	239
3.	Die rasche Durchführung des Angebotsverfahrens	239
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	239
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	240
4.	Der Squeeze-out und das Andienungsrecht der Minderheitsaktionäre.....	240
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	240
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	241
III.	Pflichten des Vorstands der Zielgesellschaft.....	241
1.	Das Handeln im Interesse der Zielgesellschaft.....	241
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	241
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	241
2.	Die Stellungnahme des Vorstands	242
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	242
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	244
3.	Abwehrmaßnahmen bei feindlichen öffentlichen Übernahmeangeboten.....	244
a)	Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht.....	244
b)	Zur Verbesserung des taiwanesischen Rechts	245

4. Kapitel: Zusammenfassung und Ergebnisse	249
I. Die Funktion des Vorstands beeinflussende Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht	249
II. Übernahmerechtliche Unterschiede zwischen dem taiwanesischen und dem deutschen Recht	251
III. Unangemessen vereinfachte Rechtsübernahme im taiwanesischen Übernahmerecht	256
IV. Das WpÜG als Vorbild für die Verbesserung des Übernahmerechts in Taiwan	256
V. Einzelne Verbesserungsmöglichkeiten	257
 Literatur- und Quellenverzeichnis	259
Texte in deutscher und englischer Sprache	259
Texte in chinesischer Sprache	268